

amtliche Bekanntmachung

105 K 085/23



AMTSGERICHT DUISBURG

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 18.12.2024, 09:30 Uhr,
im Amtsgericht Duisburg, Nebenstelle, Kardinal-Galen-Str. 124, 2.
Stockwerk, Saal C 215

der im Grundbuch von Duisburg Blatt 6141 eingetragene Grundbesitz

Grundbuchbezeichnung:

Gemarkung Duisburg, Flur 321, Flurstück 96, Gebäude- und Freifläche,
Charlottenstraße 58, Größe: 259 m²

versteigert werden.

Es handelt sich um ein im „Vergnügungsviertel“ der Duisburger Altstadt, 47053 Duisburg, ca. 1911 errichtetes, einseitig angebautes, dreigeschossiges Mehrfamilienwohnhaus mit Unterkellerung. Die Grundstücksgröße beträgt 259 qm. Der aufstehenden Bausubstanz ist keine wirtschaftliche Restnutzungsdauer mehr beizumessen. Das Gebäude steht seit mehreren Jahren leer und wird als abrisstauglich eingeschätzt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 25.09.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 54.500 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Duisburg, 27.03.2024